

**Rede der
Stellvertretenden Vorsitzenden
des Deutschen Gewerkschaftsbunds**

Ingrid Sehrbrock

**anlässlich der
Pressekonferenz
am 13. März 2013 in Berlin**

**Thema: Jugendarbeitslosigkeit in
Europa
und Tag der Ansage**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind!

Die von Florian Haggenmiller beschriebene Situation zeigt, dass wir alles tun müssen, um die desaströse Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu verringern. Die Situation ist alarmierend.

Die DGB-Jugend begrüßt daher ausdrücklich die Absicht der Europäischen Kommission, das Problem der Europäischen Jugendarbeitslosigkeit endlich ernsthaft angehen zu wollen. Den vielen Worten müssen endlich Taten folgen.

Mit ihrem Jugendbeschäftigungspaket - und dem darin enthaltenen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie -, soll die Situation der vielen arbeitslosen Jugendlichen in Europa verbessert werden. Sie kennen die extrem hohen Quoten der Jugendarbeitslosigkeit vom Januar 2013: von 59,4 % in Griechenland, von 55,5 % in Spanien und von 38,6 % in Portugal etwa. Deutschland liegt mit einer Quote von 7,9 % am unteren Ende der EU Mitgliedsländer, der EU Durchschnitt liegt bei 24,2 %.

In den angeführten Ländern ist die Lage durchaus differenziert zu sehen: Manche jungen Menschen finden keine Ausbildung nach dem Schulabschluss, Studienabsolventen gelingt der Einstieg in die Erwerbstätigkeit gar nicht und sie bleiben finanziell von den Eltern abhängig, wieder andere landen in prekärer Beschäftigung: befristet, mit Dumpinglöhnen bezahlt, oder in Praktika ausgebeutet.

Nach dem Vorschlag der Kommission soll über eine sogenannte Jugendgarantie allen jungen Menschen unter 25 Jahren binnen vier Monaten ein Angebot gemacht werden: Nach dem Verlassen der Schule, oder wenn sie arbeitslos werden, sollen sie eine hochwertige Arbeitsstelle, eine Weiterbildungsmaßnahme oder eine hochwertige Ausbildung bzw. ein Praktikum erhalten.

Es wird höchste Zeit, dass endlich gehandelt und nicht länger geredet wird. Bei der konkreten Ausgestaltung der Jugendgarantie sehen wir als DGB jedoch noch Handlungsbedarf:

Alle im Rahmen der Jugendgarantie vermittelten Maßnahmen sollen nachhaltig Perspektiven für junge Menschen bis 29 sichern. Wir wollen kein Schönrechnen der Arbeitslosenzahlen und eine Verlagerung des Problems. Die Jugendgarantie darf kein Blendwerk sein, daher wehren wir uns dagegen, Praktika nach einem erfolgreichen Studien oder Berufsabschluss mit einzubeziehen.

Auch die beste Garantie stößt aber an ihre Grenzen, wenn sie nicht in bestimmte Rahmenbedingungen eingebunden wird. Die Jugendgarantie muss von einer Wirtschaftspolitik begleitet werden, die Abstand nimmt von einseitiger Sparpolitik und stattdessen auf ein langfristig angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm setzt. Der DGB hat mit seinem Konzept des 'Marshallplans für Europa' ein Gerüst für eine solche Strategie entwickelt. Die Jugend wird nur dann Zu-

gang zu guten Arbeitsplätzen haben, wenn die Wirtschaft anspringt und wenn in Ausbildung investiert wird!

Junge Menschen haben nicht nur enorme Risiken und Probleme in reguläre Beschäftigung zu kommen – fast die Hälfte der jungen Menschen in Europa, die eine Arbeit hat, steckt in prekäre Beschäftigungsverhältnissen. Aber junge Menschen bringen auch enorme Potenziale und Fähigkeiten mit, die im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft gefördert und genutzt werden müssen.

Der DGB hat aber erhebliche Zweifel, dass die Jugendgarantie in ihrer momentan von der Kommission vorgeschlagenen Ausgestaltung diese Ziele erreichen kann.

An wesentlichen Stellen fordert die DGB-Jugend deshalb Änderungen:

Beim Alter: Aufgrund schwieriger Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse sowie einem oftmals problematischen Übergang in die Arbeitswelt wird das Berufseintrittsalter junger Menschen immer höher. Die Altersgrenze bei 25 zu setzen, vernachlässigt daher einen großen Teil von jungen Menschen. Die DGB-Jugend fordert daher die Altersgrenze auf 29 Jahre zu erhöhen.

Beim Zeitpunkt: Unklar bleibt, warum die Jugendgarantie erst nach vier Monaten gelten soll. In schwierigen Situationen werden junge Menschen damit unnötig lange allein gelassen. Die DGB-Jugend fordert daher, dass die jungen Menschen innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss oder Abbruch der Schule, nach Ende des Studiums oder der Ausbildung oder nach Verlust der Arbeitsstelle Anspruch auf die Leistungen der Jugendgarantie bekommen müssen.

Bei den Leistungen: Die DGB-Jugend unterstützt die Angebote der Jugendgarantie

- von qualitativ guten Ausbildungsplätzen
- (von regulär bezahlten) und qualitativ hochwertigen Arbeitsstellen
- bei Interesse der Jugendlichen weiterqualifizierende Bildungsangebote oder
- bei Interesse der Jugendlichen einen Studienplatz an einer staatlichen Hochschule.

Der DGB lehnt Praktika (insbesondere postgraduelle) als Maßnahme der Jugendgarantie entschieden ab. Einzelnen Maßnahmen der Jugendgarantie müssen entweder zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führe, oder eine qualitativ hochwertige Weiterbildung mit Anschlussperspektiven beinhalten.

Beides ist bei Praktika nicht gegeben. So besteht die Gefahr, dass mit Praktika die Garantie unterlaufen wird. Die Gefahr ist groß, dass junge Menschen als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Bei der Beratung: Die DGB-Jugend unterstützt die Forderung der Europäischen Kommission, die Beratung junger Menschen nachhaltig zu verbessern und alle Beratungsleistungen an einer zentralen Anlaufstelle zu bündeln. Es muss aber auch oberste Priorität bei der Beratung sein, den jungen Menschen individuell zu helfen und sie nicht in unpassenden Maßnahmen zu verschieben, um die Arbeitslosenstatistik zu bereinigen.

Bei der Finanzierung: Gerade die Länder mit den höchsten Jugendarbeitslosenquoten sind am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen und kämpfen am stärksten mit Sparprogrammen. Daher bedarf es eines umfangreichen und solidarischen Finanzierungskonzeptes, das es diesen Ländern überhaupt möglich macht, die Garantie umzusetzen. Mögliche Finanzierungsmodelle könnten sein:

- Finanzierung über einen Fond, der in der Ausgestaltung und Funktionsweise an den Europäischen Fond für die Anpassung an die Globalisierung angelehnt ist
- Bildungs- und Qualifizierungstöpfe müssen von Einsparungsmaßnahmen im Rahmen der Schuldenreduzierung ausgenommen werden.

In den Mitgliedstaaten der EU gibt es sehr unterschiedliche Bildungs- und Ausbildungssysteme. Deshalb ist es erforderlich die Ausgestaltung der Jugendgarantie jeweils entsprechend der konkreten Situation der einzelnen Länder zu ermöglichen.

Es müssen aber bei allen Angeboten klare Qualitätsstandards eingehalten werden. Im Mittelpunkt der Jugendgarantie müssen immer die einzelnen jungen Menschen und deren individuelle Bedürfnisse stehen. Die im Rahmen der Jugendgarantie gemachten Angebote müssen

- Perspektiven sichernd,
- nachhaltig qualifizierend und
- anschlussfähig sein.

Politik und Wirtschaft sind gefordert. Es muss Schluss sein mit Absichtserklärungen!

Deshalb unterstützen wir auch die Europäischen Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) heute und morgen, um gemeinsam für eine bessere Zukunft einzustehen.

Der DGB sagt „Nein zum Spardiktat“ und „Ja zu Arbeitsplätzen für junge Menschen“.

Den Aufruf des DGB finden Sie hier ausgelegt. Die detaillierten Forderungen können Sie ihm gerne entnehmen.

Anlässlich der Aktionstage des EGB werden wir auf einer Internationalen Jugendkonferenz am 18. März hier in Berlin mit jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus ganz Europa diskutieren. Es geht um die Wirtschaftskrise in der Europäischen Union und Auswirkungen auf junge Menschen.

Die Vertreter/innen der Gewerkschaftsjugend u.a. aus Spanien, Griechenland und Portugal werden aus erster Hand von ihren Erfahrungen mit der Krise berichten. Es wird auch eine Vertreterin der Europäischen Kommission erwartet, mit der die Jugendlichen über ihre Situation diskutieren und Forderungen an die Politik richten werden.

Nun freue ich mich ihnen Débora Alves, Präsidentin des Jugendausschusses der UGT (Dachverband der portugiesischen Gewerkschaften) vorstellen zu können.

In Portugal gingen vor einigen Tagen über 1 Million Menschen, das sind über 10 % der Bevölkerung, auf die Straße. Sie haben auf die schwierigen Verhältnisse in ihrem Land, das unter dem Spardiktat der EU leidet, aufmerksam gemacht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Deborah du hast das Wort.